

Antrag 53/I/2023 AfB Berlin

Diskriminierungsfreie Bildung stärken: Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle!

Beschluss:

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus und im Senat werden aufgefordert, sich für die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Diskriminierungsfälle für Schule und Kita am Parlament einzusetzen.

Die unabhängige Beschwerdestelle fungiert als Ansprechpartner und Beratungsstelle für Schüler*innen, Eltern und schulisches Personal und veröffentlicht darüber hinaus jährlich einen Arbeitsbericht. Bei der Einrichtung der unabhängigen Beschwerdestelle ist zu gewährleisten, dass diese als eigenständige, unabhängige und weisungsfreie Stelle am Parlament angesiedelt und bedarfsgerecht ausgestattet wird. Der für Schule und Kita zuständige Bereich soll organisatorisch so aufgebaut werden, dass er die notwendige pädagogische und juristische Expertise aufweist.

Zu den für die unabhängige Beschwerdestelle einzuführenden Rechten gehören:

- Ersuchen um mündliche und schriftliche Auskünfte und Berichte, Vorlage von Akten und sonstigen Unterlagen und Gestattung von Ortsbesichtigungen (insbesondere Schulbesuchen)
- Das Recht, Maßnahmen vorzuschlagen und Handlungsempfehlungen zu geben.
- Recht, Handlungsempfehlungen bezogen auf den Abbau von institutionellen und strukturellen Diskriminierungen an den Antidiskriminierungsbeauftragten der zuständigen Verwaltung zu geben, in besonderen Fällen Eskalationsrechte über und in Abstimmung mit dem Antidiskriminierungsbeauftragten der zuständigen Verwaltung.

Überweisen an

AH Fraktion, Senat

Stellungnahme(n)

Stellungnahme Senat 2024:

Zu diesem Antrag kann keine Stellungnahme seitens des Senats abgegeben werden, da dieser keinem SPD-geführten Ressort zuzuordnen ist.

Stellungnahme AH-Fraktion 2024:

Das Anliegen des Parteitagsbeschlusses konnte im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU leider keine Berücksichtigung finden. In diesem Kontext ist eine an das Parlament angegliederte Beschwerdestelle in der laufenden Koalition nicht absehbar oder umsetzbar. Eine Stärkung entsprechender Stellen bei der Senatsverwaltung wird aktiv vorangetrieben und unterstützt. Eine Besetzung der lange unbesetzten Beauftragtenstelle bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ist inzwischen erfolgt. Die weitere Ausgestaltung wird zurzeit zwischen den Koalitionsfraktionen und der CDU geführten Senatsverwaltung debattiert.